

Antrag

SPD-Gemeinderatsfraktion
 GRÜNE-Gemeinderatsfraktion
 KAL-Gemeinderatsfraktion
 vom 13.12.2005
 eingegangen 14.12.2005

20. Sitzung des Gemeinderates am 24.01.2006**TOP 21** Vorlage Nr. 531 Öffentlich Nichtöffentlich

verantwortlich Dez. 5

Zweite Rheinbrücke

Stellungnahme des Bürgermeisteramtes - Kurzfassung -

Das Bürgermeisteramt wird zur Klärung aller Fakten rund um die Nordtangente und die Zweite Rheinbrücke eine gemeinderätliche Kommission einberufen. Dabei wird auch der interfraktionelle Antrag in die Beratungen einfließen.

Änderungen der Wordvorlage sind nicht zulässig !

Finanzielle Auswirkungen nein ja

Gesamtaufwand der Maßnahme	Einnahmen (Zuschüsse u. Ä.)	Finanzierung durch städtischen Haushalt	Jährliche laufende Belastung (Folgekosten mit kalkulatorischen Kosten abzügl. Folgerträge und Folgeeinsparungen)

Haushaltsmittel stehen nicht zur Verfügung. Finanzposition:

Ergänzende Erläuterungen

Anhörung Ortschaftsrat (§ 70 Abs. 1 GemO) nein ja durchgeführt am
 Abstimmung mit städtischen Gesellschaften nein ja abgestimmt mit

Zu 1:

Die Umweltverträglichkeitsstudie zur Zweiten Rheinbrücke von 2005 umfasst insofern Teile der Gemarkungsfläche Karlsruhe, soweit es für dieses Projekt notwendig war. Anfragen an das Regierungspräsidium Karlsruhe als zuständige Behörde für diese Straßenplanung sowohl mündlicher als auch schriftlicher Art, die untersuchte Fläche auf das gesamte Stadtgebiet Karlsruhe auszuweiten, sind negativ beschieden worden. Die Stadtverwaltung beabsichtigt, weitergehende Untersuchungen in Auftrag zu geben. Die verkehrlichen Auswirkungen sind bekannt und in der Broschüre „Aspekte der Stadtplanung – Nordtangente und Zweite Rheinbrücke, Oktober 2005“ (Abb. 14, 16, 18 und 21) ausreichend dargelegt. Die Broschüre wurde im November 2005 den Mitgliedern des Planungs- und Umweltausschusses sowie den betroffenen Bürgervereinen und Ortsverwaltungen übergeben.

Zu 2:

Zur Klärung aller Fakten rund um die Nordtangente und die Zweite Rheinbrücke wird o. g. Kommission einberufen werden. Hierbei werden Fachleute der Stadtverwaltung und des Regierungspräsidiums umfassend informieren und für Fragen zur Verfügung stehen. Zur Vorbereitung auf die Sitzung der Kommission werden die Fragestellungen zur Sanierung der bestehenden Brücke an das Regierungspräsidium weitergegeben mit der Bitte um ausführlichen Bericht.